

Karen Krüger ★ Anna Esser
Bosporus reloaded

 aufbau

KAREN KRÜGER ★ ANNA ESSER

BOSPORUS RELOADED

DIE TÜRKEI
IM UMBRUCH

 aufbau



ISBN 978-3-351-03622-5

Aufbau ist eine Marke der Aufbau Verlag GmbH & Co. KG

1. Auflage 2015

© Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2015

© Anna Esser/Karen Krüger, 2015

Satz LVD GmbH, Berlin

Druck und Binden CPI books GmbH, Leck, Germany

Printed in Germany

www.aufbau-verlag.de

1.

Falkenspione und Säbelrasseln

Ein Schnelldurchgang durch die jüngere türkische Geschichte. Was es mit »weißen« und »schwarzen« Türken auf sich hat, warum Sarajevo wieder zum Osmanischen Reich gehören soll und wieso ein kleiner israelischer Turmfalke der Polizei übergeben werden musste. Im Gezi-Park liebten alle Menschen einander, ansonsten aber gilt: Der beste Freund des Türken ist immer der Türke.

In Üsküdar, einem Stadtteil auf der asiatischen Seite der Stadt, steht eine Kunstinstallation, die sehr schön versinnbildlicht, welche Denkrichtungen die türkische Gesellschaft derzeit am meisten prägen. Das Werk, über dessen ästhetischen Wert man durchaus streiten kann, stammt von dem türkischen Bildhauer Faruk Akın. Es steht direkt am Ufer des Bosphorus, wo am Wochenende Tausende von Leuten flanieren und in Teegärten sitzen. Findige Händler spannen an der Uferpromenade Schnüre mit bunten Luftballons auf, da sie wissen, wie gern junge Türken beweisen wollen, etwas gelernt zu haben beim Militär: Für ein paar Kuruş dürfen sie mit einem Luftgewehr auf die Ballons ballern. Wer einen Treffer landet, ist sich des anerkennenden Nickens der Zuschauer gewiss. Akıns Installation genießt weitaus weniger Aufmerksamkeit: Aus rot angestrichenem Stahl hat er riesige

Ziffern geschaffen. Die eine Ziffernfolge bildet die Jahreszahl 1453 – es ist das Jahr, in dem Mehmet II. Konstantinopel eroberte. Er besiegelte damit den Untergang des christlichen Byzantinischen Reiches und den endgültigen Aufstieg des Osmanischen zur Großmacht.

Geht man an 1453 vorbei, ist nach wenigen Schritten die zweite Ziffernfolge Akins erreicht: 1923 – Gründungsjahr der türkischen Republik durch Mustafa Kemal Atatürk. Fotografieren lassen sich die meisten Flaneure vor der Eroberung Konstantinopels, was auch daran liegen dürfte, dass Üsküdar ein äußerst konservativer Stadtteil ist. Dort leben vor allem Wähler von Erdoğan's Partei, der AKP. Stünde die Kunstinstallation ein paar Kilometer weiter, in Kadıköy, wo die von Atatürk gegründete Oppositionspartei CHP das Sagen hat, wäre es bestimmt umgekehrt.

Geschichte ist in der Türkei immer ein Politikum. Türken, für die das Jahr 1923 das Wichtigste ist, verstehen sich als Säkulare, als Kemalisten und Anhänger von Staatsgründer Atatürk. Jene hingegen, deren Herzen für 1453 schlagen, sind Anhänger Erdoğan's. Seit dessen AKP im Jahr 2002 das Ruder im Land übernommen hat, wird alles Osmanische verklärt, ist der Rückbezug auf die Kultur und Politik des Osmanischen Reiches allgegenwärtig. Die Regierung träumt von einem muslimisch geprägten Mittelmeerraum und von einer Einheit der Region wie zur Zeit der Sultane – unter türkischer Führung, versteht sich. »Brüderlichkeit« und »Gemeinschaft« sind die Worte, mit denen Erdoğan das Projekt gern umschreibt. Politologen bevorzugen den Begriff Neo-Osmanismus. Im Jahr 2009 nahm Ahmet Davutoğlu, damals noch türkischer Außenminister, einen Besuch in Sara-

jevo zum Anlass, um den Wunsch seiner Regierung nach der Wiederbelebung des Osmanischen Reiches öffentlich zu machen – die Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina gehörte einmal dazu. Wirkliche Erfolge in diese Richtung kann Ankara seitdem zwar nicht vorweisen, das Land ist außenpolitisch weitgehend isoliert. Erdoğan wird aber nicht müde, eine gemeinsame muslimische Front heraufzubeschwören.

So auch 2014 vor Vertretern der »Organisation für Islamische Zusammenarbeit«: Der Westen zeige ja nur ein freundliches Gesicht, um an Öl, Gold, Diamanten und billige Arbeitskräfte heranzukommen, wettete Erdoğan. In Wahrheit verabscheue die westliche Welt Muslime und freue sich darüber, muslimische Kinder sterben zu sehen. Es sind solche vor Selbstbewusstsein und Dreistigkeit strotzenden Auftritte, die den AKP-Wählern imponieren. Erdogans polterndes Intermezzo beim Weltwirtschaftsgipfel 2009 in Davos ist ebenfalls legendär. Jeder noch so bildungsferne Türke weiß seitdem, dass »wan minit« »eine Minute« heißt: Erdoğan saß zusammen mit dem damaligen israelischen Staatspräsidenten Shimon Perez auf einem Podium zum Gaza-Konflikt. Der Moderator gestand ihm nicht genauso viel Redezeit zu wie Perez, was Erdoğan veranlasste, sich wütend Gehör zu verschaffen, indem er immer wieder »wan minit!, wan minit!« rief. Irgendwann stand Erdoğan einfach auf und verließ, lauthals Verwünschungen ausstoßend, das Podium. Seine Anhänger fanden das toll.

Doch auch im Innern ist die Liebe der AKP zu vergangener Größe nicht zu übersehen: Istanbul gedenkt jedes Jahr mit großem Brimborium am 29. Mai der Eroberung Konstantinopels. Als die Stadt 2010 europäische Kulturhaupt-

stadt wurde, renovierte die Stadtverwaltung mit dem dafür ausgewiesenen Budget vor allem osmanische Bauten: Istanbul wurde nicht nur als Brücke zwischen Orient und Okzident inszeniert, sondern auch als Zentrum der osmanischen Zivilisation. Über seinen neuen Regierungssitz in Ankara erklärte Erdoğan ausdrücklich, er habe ihn mit »osmanischen« Elementen versehen lassen. Kommt ein Staatsgast zu Besuch, dann wird dieser von einer Palastgarde empfangen, gekleidet in historische Rüstungen und bewehrt mit Speeren, Säbeln, Hellebarden und Schilden. Sie sollen die sechzehn Reiche repräsentieren, die die Türken im Laufe der Geschichte von den Hunnen bis zu den Osmanen angeblich gegründet haben.

Um auch die junge Generation mit seiner Liebe zum Osmanischen Reich zu infizieren, hat der Staatspräsident kürzlich beschlossen, Osmanisch als Pflichtfach in den Schulen einzuführen. Für die Schüler wird die Sprache wohl eher zum neuen Albtraum. Sie wird in arabischer Schrift geschrieben, und das Vokabular setzt sich aus persischen, arabischen und türkischen Lehnwörtern zusammen. Nirgendwo auf der Welt kann man in einem Café sitzen und auf Osmanisch eine Cola bestellen: Staatsgründer Atatürk schaffte die Sprache in den zwanziger Jahren ab, um die Türkei moderner und europäischer zu machen. Auch andernorts wird sie nicht mehr gesprochen.

Den Kemalisten ist das alles ein Graus. Sie sehen sich als Hüter der republikanischen Werte und Ordnung, die Atatürk dem Land gebracht hat: moderne Gesetze, Frauenrechte, die Abschaffung des Kalifats, die Trennung von Staat und Religion im öffentlichen Leben, säkulare Erziehung – alles im

Namen einer Nation, die der Staat jedoch erst erschaffen musste. Atatürk und seine Weggefährten konstruierten sie: radikal, schnell und autoritär. Die ständisch-religiöse Ordnung des Osmanischen Reiches, die Christen, Juden und anderen Minderheiten eigenständige Lebensbereiche garantierte, wurde abgeschafft. Die Existenz des kurdischen Volkes und anderer Volksgruppen verleugnet. Eine nationale Geschlossenheit wurde proklamiert, deren Bindemittel jedoch – und das ist bis heute das wahrscheinlich größte Problem – trotz säkularen Anstrichs auf der islamischen Homogenität der Bevölkerung gründete. Der britische Historiker Perry Anderson hat den von Kemal Atatürk errichteten säkularen Staat deshalb als Oberflächenkonstrukt beschrieben: In staatlicher Regie wurde die Religiosität von der Öffentlichkeit ins Private abgedrängt, dennoch blieb sie das wichtigste Bindemittel der überwiegend agrarisch geprägten türkischen Gesellschaft.

Über Jahrzehnte hinweg kontrollierte ein autoritärer Säkularismus den Islam, der die Religion und religiöse Symbole komplett aus dem öffentlichen Leben verbannte. Erst mit Erdoğan und seiner AKP brach das auf, Religion wurde wieder sichtbar und das Kopftuch salonfähig – mit Hayrünnisa Gül zog erstmals eine verschleierte First Lady in den Präsidentenpalast. Inzwischen ist das Kopftuch sogar an Universitäten erlaubt. Für strenge Kemalisten freilich symbolisiert es noch immer alles, was sie ablehnen. Mit Religion können sie nichts anfangen. Dass inzwischen fromme Muslime im Land das Sagen haben, ist für sie kaum zu ertragen. Ähnlich wie Erdoğan's Anhänger reklamieren sie als einzige zu wissen, wie eine moderne Türkei auszusehen hat. Modern

bedeutet beispielsweise für sie, sich westlich zu kleiden und die Haare nicht zu bedecken. Doch von solchen Äußerlichkeiten sollte man sich nicht täuschen lassen. Für den harten Kern der Kemalisten sind Atatürks Lehren unantastbar, dabei genügt vieles nicht mehr den Ansprüchen der Zeit.

Die einen feiern Daten wie die Eroberung Konstantinopels und zelebrieren das religiöse Fastenbrechen während des Fastenmonats Ramadan als gesellschaftliches Großereignis. Die anderen halten an einem Atatürk-Kult fest, der nach der Gründung der Republik zur Staatsdoktrin erhoben wurde. Dieses Gedenken an den Gründungsvater ist für weite Teile der türkischen Bevölkerung auch ein Katalysator, um ihrem politischen Protest und ihrer Angst vor einer schleichenden Islamisierung Ausdruck zu verleihen. Die Leute pilgern zu der Istanbuler Stadtvilla, in der Atatürk als junger Mann lebte. In Scharen besuchen sie sein Mausoleum in Ankara. Der Dolmabahçe Palast am Bosphorus, in dem er Staatsgäste empfing und seine letzten Lebensjahre verbrachte, erlebt Besucherrekorde. Zum Gedenken gehört auch das landesweite Innehalten an Atatürks Todestag, er starb am 10. November 1938. Jedes Jahr an diesem Tag um 9.05 Uhr ertönen überall im Land Sirenen, stoppt der Verkehr, die Menschen bleiben auf der Straße stehen und senken den Blick.

Bis vor wenigen Jahren hing Atatürks Konterfei in jeder Amtsstube. Seit die AKP an der Regierung ist, wurden einige dieser Bilder abgehängt, teilweise wurden sie durch religiöse Darstellungen ersetzt. In den staatlichen Schulen ist Atatürk aber noch allgegenwärtig. Schon Grundschulkinder müssen seine Lehren auswendig lernen. »Jugend der Türkei, höre, Deine vornehmste Aufgabe ist die Wahrung und Ver-

teidigung der Türkischen Republik unter allen Umständen«, so lautet eine von ihnen. Atatürks Bild hängt in fast jedem Klassenzimmer. Und nicht nur dort: Eine Freundin der Autorinnen erzählte einmal, wie ihr das während der Schulzeit ihre erste Verabredung vermasselte. Sie wollte mit einem Mitschüler, in den sie sich verliebt hatte, nach Schulschluss spazieren gehen. Treffpunkt: beim Atatürk. Aus dem romantischen Spaziergang wurde nichts. Er wartete auf dem Schulhof neben der Büste Atatürks, sie hatte sich jedoch vor dem Lehrerzimmer unter dem Porträt des Staatsgründers postiert.

Eine klare Linie, wie die kemalistischen Lehren anzuwenden sind und wer sich ihrer bedient, existiert nicht mehr. Mittlerweile bedient sich ihrer jeder mit einem politischen Anliegen wie aus einer Waffenkammer. Geht es um Argumente gegen den EU-Beitritt, dann werden Atatürks Reden zur nationalen Unabhängigkeit zitiert. Befürworter verweisen dagegen auf sein Ziel, das Land zu einem europäischen Staat zu machen. Geht es darum, AKP-Anhänger in ihre Schranken zu weisen, dann wird an Atatürks Gesetze erinnert, mit denen er die Religion aus dem öffentlichen Leben verbannte. Die Betroffenen rufen hingegen seine respektvolle Haltung gegenüber der Religion ins Gedächtnis. Bei Demonstrationen, ganz gleich, ob es um Arbeiter-, Frauen- oder Lehrerrechte geht, rufen die Leute Atatürk um Hilfe an. Doch wie zukunftsweisend seine Lehren tatsächlich noch sind, ist ungewiss. Selbst türkische Intellektuelle wagen inzwischen zu sagen, dass die kemalistischen Dogmen und die Folgelasten der versuchten ethnischen Homogenisierung einer Normalisierung des politischen Lebens im Wege stehen. Fest steht: So lange der Personenkult nicht enttabuisiert

wird, wird sich in der Türkei niemand den Widersprüchen des Kemalismus und ihren Folgen stellen.

Es sind jedoch nicht nur die Ideologien, die Erdoğan-Anhänger und Kemalisten voneinander trennen. Die Masse der AKP-Wähler setzt sich aus frommen Anatoliern zusammen, die ab Mitte der achtziger Jahre als Landflüchtige in die türkischen Großstädte kamen. Sie konnten sich der Geringschätzung durch die verwestlichte städtische Elite, die sich die wichtigen Posten in Militär, Bürokratie und Verwaltung untereinander aufteilten, sicher sein. Doch unter der Regierung Erdoğan, der selbst aus einfachen Verhältnissen stammt, bringen es immer mehr seiner Anhänger zu beachtlichem Wohlstand. Sie lernen Fremdsprachen und schicken ihre Kinder auf Universitäten. Der alten Elite ist das alles andere als recht. Sie sieht ihre Deutungshoheit über die Moderne in Gefahr, fühlt sich herausgefordert von einer Bevölkerungsschicht, die sie nicht als würdigen Gegner empfindet. Und so zementierte sich im Laufe der Jahre eine Konfliktlinie, die von der türkischen Soziologin Nilüfer Göle als Auseinandersetzung zwischen »weißen Türken« und »schwarzen Türken« beschrieben worden ist: »Schwarze Türken« (»siyah türkler«) sind die muslimisch geprägten Türken anatolischer Herkunft, »weiße Türken« (»beyaz türkler«) die republikanische, urbane Elite. Das Begriffspaar hielt schnell Einzug in den politischen Jargon der Türkei, wird von Kolumnisten verwendet, und Erdoğan selbst hat sich schon als »schwarzen Türke« bezeichnet. Das böse Klischee sieht weiße und schwarze Türken so: Schwarze Türken hören Arabesk, weiße westliche Popmusik; die Ehen schwarzer Türken sind arrangiert, weiße Türken heiraten nur aus Liebe. Weiße Türken

trifft man auf Flughäfen an, schwarze Türken bevorzugen Busbahnhöfe.

Die Spaltung in weiße und schwarze Türken und Erdoğan-Befürworter und -Gegner sind jedoch nicht die einzigen Gräben im Land. Die türkische Republik wurde auf einem Teilstück des zerfallenen, multiethnischen Osmanischen Reiches gegründet. Die Gesellschaft besteht deshalb nicht nur aus Türken – die Ethnie der Türken stammt aus Zentralanatolien –, sondern setzt sich aus verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen zusammen, von denen jede ihr ganz eigenes Wir-Gefühl hat: Kurden, Griechen, Juden, Armenier – um nur einige zu nennen. Doch nach der Staatsgründung wurde ihnen eingepflegt, dass jeder, der in der Türkei lebe, Türke sei. Das Türkentum wurde grotesk überhöht durch Sprüche wie »wie glücklich, wer sagen kann, ich bin Türke«. Jeder, der wagte, öffentlich das Gegenteil zu behaupten, wanderte ins Gefängnis. Der Nationalismus wurde von der Regierung massiv gefördert und alle Sprachen, die nicht Türkisch sind, verboten. Die Angst vor dem Zerfall des Staates war immens.

Erst seit einigen Jahren ist es den Leuten möglich, öffentlich ihre eigene ethnische Identität zu zeigen und daraus abgeleitete Forderungen bei der Regierung durchzusetzen. Am erfolgreichsten sind dabei die Kurden. Es gibt inzwischen kurdische Fernsehsender und kurdische Radiostationen, und in einigen Schulen kann Kurdisch als Wahlfach belegt werden – bis vor kurzem war die Sprache noch komplett verboten. Immer noch aber müssen kurdische Kinder folgenden Satz in der Schule herbeten: »Ich bin Türke, aufrichtig und fleißig.«

Die massive Angst vor inneren und äußeren Feinden ist fester Bestandteil des politischen Lebens in der Türkei und wird durch ständige Aufrufe zur Verteidigung des Vaterlandes genährt. Das war schon unter kemalistischen Regierungen so und hat sich seitdem nicht geändert. Glaubt man den nationalistischen Kräften, dann lauern überall Verschwörer. Die Regierung bläst eifrig in dieses Horn. Alles, was ihr nicht passt, pumpt sie mit dem Verweis auf verschwörerische Machenschaften zu einer so existentiellen Gefahr auf, dass sich der Öffentlichkeit drastische Gegenmaßnahmen leicht verkaufen lassen. Für die Gezi-Proteste beispielsweise, die sich 2013 von Istanbul aus auf die ganze Türkei ausweiteten, hielt Erdoğan einen bunten Strauß absurder Verschwörungstheorien parat: Eine geheimnisvolle »Zinslobby« und ominöse »ausländische Kräfte« hätten die Proteste angezettelt, um den Aufstieg der Türkei zu bremsen. Auch die CIA wurde verdächtigt, ebenso BBC, CNN und Reuters. Das »Internet« wurde verantwortlich gemacht und Lufthansa: Die Fluggesellschaft wolle das Land destabilisieren, um den Bau des neuen Istanbuler Flughafens zu verhindern. Auch der »jüdischen Diaspora« gab man die Schuld. Die Demonstranten im Gezi-Park lachten nur darüber. Wenn irgendjemand die Proteste geschürt habe, witzelten sie, dann höchstens die amerikanische Zigarettenindustrie – während der Tage der Revolte rauchten die Demonstranten, was das Zeug hielt. Das Traurige jedoch ist, dass weite Teile der Bevölkerung Erdoğan's abstruse Verschwörungstheorien nicht infrage stellten. Den Glauben, man wolle dem Land grundsätzlich Böses, saugen Türken quasi mit der Muttermilch auf. Jedes Kind kann mindestens eine Verschwörungstheorie erzählen.

Ein beliebtes Sprichwort lautet deshalb auch: »Der beste Freund des Türken ist der Türke.«

Wie tief das Misstrauen sitzt, zeigte eine Begebenheit, die sich vor ein paar Jahren in einem Dorf namens Altınavya in der osttürkischen Provinz Elazığ ereignete. 841 Kilometer sind es von Tel Aviv bis dorthin. Ein Turmfalke war die ganze Strecke geflogen. Die Dorfbewohner entdeckten und fingen ihn, doch aus dem schönen Batzen Geld, den man auf Vogelmärkten in der Türkei für Turmfalken bekommt, wurde nichts. Als die Leute den Vogel nämlich in ihren Händen hielten, brüllten alle plötzlich: Agent, Spion! Entdeckt hatten sie den Vogelring am Fuß des Falken: Ein feiner silberner Reif, graviert mit hebräischen Buchstaben und dem Schriftzug »24 311 Tel Avivunia Israel«. Offenbar hatte in Altınavya noch nie jemand davon gehört, dass es Leute gibt, die das Verhalten von Vögeln anhand solcher Ringe studieren. Jeder in der Türkei aber weiß von den Spannungen zwischen Ankara und Jerusalem. Und deshalb nahmen die Dorfbewohner an, der Turmfalke sei nicht nur einfach ein Vogel, sondern Teil einer großangelegten Überwachungsoperation – sozusagen eine lebende Drohne des israelischen Geheimdienstes mit der Mission, die Türkei auszuspionieren. Kurzerhand übergaben die Dorfbewohner den Turmfalken der Polizei.

Die Polizei brachte ihn in die Kreisstadt, wo er einiges über sich ergehen lassen musste. Mehrere Tests nämlich, vor allem aber Röntgenaufnahmen, die zeigen sollten, wo er unter seinem Gefieder einen Mikrochip oder anderes Equipment versteckt: Von allen Seiten wurde der kleine Turmfalke mit Röntgenstrahlen beschossen, von hinten, von vorn, mit

anliegenden und ausgebreiteten Flügeln. Auf einem Bild, das die Zeitung »Hürriyet« aus der so entstandenen Serie veröffentlichte, streckt der Falke hilflos seine Beine in die Luft. Gefunden wurden natürlich nur zarte Knochen. Die Zeitung berichtete: »Aufgrund der Testergebnisse entschlossen sich die Behörden, keine Anklage zu erheben. Der zu Unrecht verdächtige Vogel durfte weiterfliegen.«

Fragt man in Istanbul junge Leute, welche Ereignisse der jüngeren Vergangenheit am wichtigsten und prägendsten für sie gewesen sind, dann hört man sofort: Gezi, natürlich Gezi. Und dann erzählen sie mit leuchtenden Augen, wie wunderbar das damals war im Gezi-Park. Der Aufbruch. Die Hoffnung. Das Miteinander. Im Mai 2013 ging es zunächst nur darum, die Zerstörung des Istanbuler Gezi-Parks zu verhindern. Die Stadtverwaltung wollte dort eine Artilleriekaserne aus osmanischer Zeit wiedererrichten, in der eine Shopping-Mall untergebracht werden sollte. Doch aus dem Protest sturer Umweltschützer, die im Park in Zelten campierten und sich zwischen Bagger und Bäume warfen, wurde innerhalb von wenigen Tagen eine landesweite Protestbewegung gegen die Regierung Erdoğan. Mit Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken versuchte die Polizei, die Parkbesetzer zu vertreiben. Je brutaler sie vorging, desto mehr Leute gingen auf die Straße und schrien ihren Unmut über die Regierungspolitik in die Welt hinaus. Knapp vier Wochen hielten die Leute den Hundertschaften der Polizei stand, dann wurde der Park geräumt und jedes erneute Aufflackern der Revolte sofort erstickt. Spätere Versuche, die Bewegung wieder aufleben zu lassen oder in politische Kanäle zu lenken, scheiterten. Trotzdem ist der Name des Gezi-Parks heute Synonym

und Symbol für die junge, türkische Protest- und Demokratiebewegung. Denn es war das erste Mal, dass die alten Gräben überwunden schienen. Kemalisten und Kurden, Kleinbürger und Kommunisten, überzeugte Säkulare und fromme Muslime, Lesben, Schwule, Transsexuelle, Anarchisten und Trotzkiten kämpften auf einmal Seite an Seite. Während der Proteste redeten Menschen miteinander, die früher niemals miteinander gesprochen hätten, und schon gar nicht hätten sie gewusst, was den anderen bewegt. Viele Kemalisten entschuldigten sich bei Kurden, dass sie immer nur den Medien Glauben geschenkt hatten und nicht den Kurden selbst, gegen die in der Türkei jahrzehntelang Krieg geführt wurde. Denn nun erfuhren sie erstmals am eigenen Leib, wie falsch die regierungstreuen Zeitungen und Fernsehsender über die politischen Ereignisse berichteten – die meisten griffen Erdoğan's Verschwörungstheorien auf, andere schwiegen die Proteste einfach tot.

In den Wochen der Revolte machten die Menschen Erfahrungen, die alles, was sie bisher waren und einmal sein wollten, zutiefst erschütterte – noch ist offen, in welche Richtung die Veränderung geht. Das gilt allerdings nicht nur für die junge Generation, die den Protest vor allem trug. Es gilt auch für deren Mütter und Väter. Ihr anfängliches Unverständnis wich schnell einem kollektiven Erstaunen über den Durchhaltewillen und die Furchtlosigkeit ihrer Kinder.

Um das zu verstehen, hilft es, sich folgendes zu vergegenwärtigen: Große Proteste, deren Ausmaße vergleichbar wären mit der Gezi-Revolte, hatte die Türkei zuletzt Ende der siebziger Jahre erlebt. Damals schlug das Militär den Aufruhr nieder und putschte sich im September 1980 an die

Macht. Hunderttausende wurden verhaftet, Dutzende unter Folter ermordet, fünfzig Todesurteile vollstreckt. Tausende von Menschen fielen jedoch auch der bürgerkriegsähnlichen Gewalt zum Opfer, die in den Straßen zwischen linken und rechten Gruppierungen ausgebrochen war.

Die Eltern, deren Kinder auf dem Taksim-Platz und an anderen Orten der Türkei demonstrierten, hatten das alles noch miterlebt. Es waren blutige Jahre, die sich eingebrannt haben in ihre kollektive Erinnerung. Möglichkeiten, sich neue Bilder zu schaffen, hatten sie nicht. Denn nach dem Militärputsch hielt die Regierung die Bevölkerung durch Gesetze von der Straße fern. Und so nistete sich in den Köpfen das Selbstverständnis ein, dass man sich besser ruhig verhält, wenn man sich und den sozialen Frieden nicht gefährden will. Die einzigen landesweiten Demonstrationen, zu denen man sich noch zusammenfand, waren jene am 1. Mai. Jahr für Jahr beendete die türkische Regierung diese jedoch mit Polizeigewalt. Die Zurückhaltenden bestätigte das darin, dass ihre Haltung die richtige sei. Und so wurde Demonstrieren nach und nach immer mehr als etwas angesehen, das sich für einen gut erzogenen Menschen genauso wenig gehört wie das Schmatzen bei Tisch oder das Grölen in betrunkenem Zustand.

Insofern war es durchaus verständlich, dass nicht jeder Türke, der im Sommer 2013 unzufrieden mit der politischen Situation war, sich den Gezi-Demonstranten anschloss. Ein Ausweg aus dem inneren Dilemma war für viele das allabendliche Kochtopfkonzert, das während der Proteste immer um Punkt 21 Uhr begann: Die Leute stellten sich mit Töpfen, Topfdeckeln und Bratpfannen an Fenster und auf

Balkone und schlugen minutenlang so laut wie möglich Krach. Sie zeigten ihren Unmut, ohne ganz die Deckung aufzugeben. Eine ähnliche Aktion gab es schon einmal: Als Reaktion auf den sogenannten Susurluk-Skandal, der Ende der neunziger Jahre Verstrickungen der Regierung mit der Polizei und dem organisierten Verbrechen offenbarte und eine Regierungskrise auslöste. Aus Protest schalteten die Leute damals mehrere Wochen lang um Punkt 21 Uhr das Licht in ihren Häusern aus und verharrten eine Weile still im dunklen Wohnzimmer.

Vom Lichtschalter weg und mit Kochtöpfen ans Fenster zu treten, wo man ja gut sichtbar ist für die Nachbarn, war angesichts der fehlenden Protestkultur für viele Menschen ein riesiger Schritt. Es war, als traue sich ein Nichtschwimmer, der zuvor höchstens den Zeh ins Wasser gestreckt hat, plötzlich bis zur Brust hinaus ins offene Meer. Zu sehen, dass ihre Söhne und Töchter einfach hineinspringen in unbekannte Tiefen, verunsicherte viele Eltern. Es machte sie aber auch stolz. Sie hatten gar nicht gemerkt, dass ihre Kinder schwimmen können.

Gezi ist nicht das einzige Ereignis, das die junge Generation wachgerüttelt hat. Schon zuvor gab es Vorfälle, die junge Leute aufmerksam werden ließen und einige auch politisierte. Lang gehegte Tabus sind in den vergangenen zehn, fünfzehn Jahren brüchig geworden. Zwar feiert die offizielle türkische Geschichtsschreibung die Historie des Staates noch immer als eine Heldengeschichte, in der sich niemand etwas hat zu Schulden kommen lassen. Der Genozid an den Armeniern etwa, dem in den Jahren 1915 und 1916 zwischen 800 000 und eine Million Menschen zum Opfer fielen, wird

bis heute von offizieller Seite gelehnet. Ebenso die Vertreibung und Ermordung der Pontos-Griechen. Doch in der Gesellschaft brodelt es. Vor allem junge Leute stellen immer öfter Fragen. Sie wollen sich nicht mehr abspeisen lassen mit dem, was ihnen die Schulen und staatlichen Universitäten vorsetzen. Die Ansprüche sind vielfältiger geworden, haben sich verfeinert, wenn es um die Vergangenheit als Mittel zur Selbstvergewisserung geht. Die Türkei ist reich an kultureller Vielfalt. Doch woher kommt sie, wenn doch angeblich alle Türken sind? Es ist schwieriger geworden, mit jeder Art von Einheitsdoktrin.

Ein Ereignis, das die türkische Gesellschaft nachhaltig erschütterte, war die Ermordung des armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink. Am 19. Januar 2007 wurde er mit drei Schüssen in den Nacken und Hinterkopf getötet, auf offener Straße, direkt vor dem Redaktionsgebäude der armenischen Wochenzeitung »Agos«, deren Chefredakteur Hrant Dink war. Der Täter war ein siebzehnjähriger Nationalist aus einem Ort an der Schwarzmeerküste. In der Türkei sind viele überzeugt davon, dass ein nationalistisches Netzwerk den Mord zu verantworten hat. Bis heute hat es jedoch keine weiteren Verurteilungen gegeben. Nachdem der Fall 2013 abermals aufgerollt wurde, sind im Januar 2015 lediglich zwei Polizisten festgenommen worden.

Hrant Dink war den national gesinnten Kräften im Land ein Dorn im Auge, weil er sich ebenso für eine Aufarbeitung der Massaker an den Armeniern einsetzte wie für eine Aussöhnung zwischen Armeniern und Türken. Auch die türkische Justiz hatte Hrant Dink verfolgt, mit mehreren Strafverfahren wegen »Verunglimpfung des Türkentums«. Sie

machte ihn auf diese Weise erst recht zur Zielscheibe. Am Abend seiner Ermordung passierte dann allerdings etwas, das seine Feinde extrem überraschte. Eine Welle der Solidarität erfasste das Land, das Begräbnis wurde zu einer Massenkundgebung: Hunderttausende folgten in Istanbul seinem Sarg, viele trugen Schilder in den Händen, auf denen stand: »Wir alle sind Hrant Dink« und »Wir sind alle Armenier«. Für einen Moment hatte die Trauer ein Klima der Solidarität geschaffen, das ein Miteinander von Türken, Armeniern, Kurden möglich machte.

Ähnlich wie einige Jahre später die Gezi-Revolution völlig neue Erfahrungen der Gemeinschaft stiftete, brannte sich auch das gemeinsame Entsetzen über den Tod von Hrant Dink in die Köpfe ein. Heute bemühen sich in der türkischen Zivilgesellschaft etliche Menschen darum, seine Ziele weiterzuverfolgen. Einfach ist das nicht: Der Staat ist so weit in jeden Lebensbereich vorgedrungen, dass er der Zivilgesellschaft kaum Autonomie zugesteht. Und noch ist die Regierung wenig daran interessiert, die Ereignisse von 1915/16 aufzuarbeiten.

Ein weiterer Punkt, den junge Türken auf die Frage nennen, welches Ereignis der jüngeren Vergangenheit bedeutend für sie war, ist die Entmachtung der türkischen Armee. Seit der Gründung der Republik 1923 hat sie in der Türkei immer eine zentrale Rolle gespielt. Sie verstand sich als Wächter über die säkulare Staatsordnung. Hatte der Generalstab den Eindruck, die gewählte Regierung weiche vom Laizismus ab, dann nahm er für sich das Recht in Anspruch, sich über sie zu stellen. Zwei Regierungen putschte das Militär in den vergangenen Jahrzehnten weg, zwei weitere drängte

sie aus dem Amt. Zuletzt musste im Jahr 1997 der erste islamistische Ministerpräsident Necmettin Erbakan gehen. Das türkische Militär hat die Demokratie immer für eine schwache Staatsform gehalten.

Und so war der Jubel groß, als 2008 der Ergenekon-Prozess begann. Erstmals in der Geschichte des Landes hatte sich ein ziviles Gericht zusammengefunden, um die Untergrabung der demokratischen Ordnung als Verbrechen zu ahnden. Angeklagt wurden Offiziere unterschiedlichen Ranges, sogar Generäle im Ruhestand – bislang völlig undenkbar in der Geschichte der türkischen Republik. Außerdem Akademiker, Mafiosi, Polizisten. Das Gericht warf ihnen vor, einen Geheimbund gegründet und Attentate auf Christen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geplant zu haben. Ihr Ziel: Unruhe stiften. Und das Chaos für einen Putsch nutzen. Der Name ihres Verschwörer-Netzwerkes: Ergenekon. Am Ende des Gerichtsverfahrens standen 254 Schuldsprüche und hohe Haftstrafen von bis zu 49 Jahren. Die Euphorie, mit der die Öffentlichkeit den Prozess begrüßt hatte, war da allerdings längst verflogen. Denn das Verfahren offenbarte auch eine dunkle Seite der Justiz und der Machenschaften der Regierung Erdoğan.

Dem Prozessaufakt waren mehrere Verhaftungswellen gefolgt. Wann immer jemand Kritik an Erdoğan übte, hieß es von nun an: Verhaften! Er gehört zu Ergenekon! 588 Verdächtige wurden unter dem Etikett des Geheimbundes festgenommen, unter ihnen zahlreiche kritische Journalisten, Universitätsprofessoren und Oppositionspolitiker. Bald war klar: Die Staatsanwaltschaft klagt nicht nur mutmaßliche Putschisten an, sondern bringt auch Regierungskritiker vor

Gericht. Und so wurde der Prozess zu einer Warnung an die Bürger, der Regierung niemals die Stirn zu bieten. Die Anklageschrift wuchs auf mehr als 17000 Seiten an. Viele Verhaftete bekamen sie allerdings erst zu Gesicht, nachdem sie schon jahrelang in Untersuchungshaft gesessen hatten. Entlastende Beweismaterialien verschwanden, unabhängige Gutachter stellten Manipulationen an digitalen Datenträgern fest. Zeugen durften von der Verteidigung nicht vernommen werden, aber illegal abgehörte Telefonate und anonyme Aussagen ließ das Gericht als Beweismaterial zu. Inzwischen glauben viele Türken nicht einmal mehr daran, dass der ominöse Geheimbund Ergenekon überhaupt jemals existierte.

Dennoch war die Verfolgung hoher Militärs ein längst überfälliger Sieg gegen die Vormachtstellung der türkischen Armee. Und die Regierung machte weiter: 2010 begann eine Verfassungsreform, die das Militär weiter schwächte. Die alte Verfassung stammte aus dem Jahr 1982 und war eine Hinterlassenschaft der Putschgeneräle, die damals die Türkei beherrschten. Sie hatten eine Militärjustiz, ein paralleles Rechtssystem mit eigenen, für ihre Folterpraxis berüchtigten Gefängnissen aufgebaut, wo vor allem politische Gegner inhaftiert wurden. Damit ist nun Schluss. Gleichzeitig müssen sich heute Soldaten, die gegen die Verfassung verstoßen, vor zivilen Gerichten verantworten. Abgeschafft wurde zudem Artikel 15 der Verfassung, der den Putschisten von 1980 lebenslange Immunität garantierte. Weitere Mitglieder des Offizierscorps wanderten daraufhin hinter Gitter. Dann, im Sommer 2011, trat die verbliebene türkische Armeeführung geschlossen zurück. Auslöser war ein Streit mit der Regie-

rung: Während die Armee wollte, dass die inhaftierten Offiziere bis zum Abschluss ihrer Verfahren befördert werden können, wünschte die Regierung ihre Pensionierung.

Die Verfassungsreform war durch eine Volksabstimmung möglich geworden. Fast 60 Prozent der Wahlbeteiligten machten ihr Kreuz bei »Evet«, »Ja«. Die Schwächung des Militärs war für viele die verführerische Karotte, mit der Erdoğan erfolgreich gewinkt hatte. Die Leute nahmen dafür andere Verfassungsänderungen in Kauf, die bis heute äußerst umstritten sind. So wurde beispielsweise die Unabhängigkeit der Justiz erheblich eingeschränkt. Zudem ermöglichte sie, dass der Staatspräsident im Sommer 2014 erstmals direkt vom Volk gewählt werden konnte. Während seines Wahlkampfes hatte Erdoğan angekündigt, dass das Land, sollte er die Wahl gewinnen, »einen schwitzenden, rennenden Präsidenten« bekommen würde, »der Anordnungen gibt und sich nicht auf das Abhalten von Zeremonien beschränkt«. So kam es tatsächlich. Die Opposition wurde marginalisiert, die Medien auf Linie gebracht und mit der Entmachtung des Militärs der mächtigste Gegner der AKP vernichtet. Als Staatspräsident mischt Erdoğan sich jetzt noch mehr ein als früher.